

Dem Integrationskonzept – in Vorlage 1443 aus 2020 in dem 5 neue Handlungsfelder und angepasste Ziele und Maßnahmen definiert wurden, haben wir im letzten Jahr zugestimmt.

Wir konnten uns hier gut einbringen und es wurden notwendige Aktualisierungen aufgenommen.

Der Beschluss war damals einstimmig.

Was uns allerdings hier vorliegt, ist eine gänzlich neue Vorlage, die Vorlage 1707 aus 2021.

Und hier wurden nun auch Ergebnisse aus dem Workshop „weltoffene Kommune“ und dem Konzept „interkulturelle Stadtverwaltung“ aufgenommen.

Es sind einige gute Ansätze, aber leider auch Dinge, die wir nicht mittragen können!

Zum Beispiel will man die Willkommenskultur weiterentwickeln.

Man setzt nun auf „kulturelle Vielfalt“ wo es vorher hieß „interkulturelle Kompetenz und Austausch zwischen den Kulturen“.

Damit verabschieden Sie sich offiziell von einer der Grundlagen unseres Zusammenlebens, nämlich von der deutschen Leitkultur und der Akzeptanz Dieser als Gegenleistung zur Aufnahmebereitschaft.

Unserer Meinung nach muss eine Willkommenskultur eben auch das Hinein-wachsen-wollen in die Kultur der Aufnahmegesellschaft beinhalten.

Das Ziel, verschiedene Kulturen innerhalb der

Gesellschaft zu erhalten, die nebeneinander existieren, das ist nicht unsere Vorstellung von Integration!

Für die Integration ist unserer Meinung nach die Grundlage, einen gesicherten Aufenthalts-Status zu haben!

Auch hiervon hat man sich seit 2014 immer weiter entfernt.

Nun sind Geflüchtete offiziell Zielgruppe der Integrationsbemühungen der Stadt. Das kann man eventuell noch nachvollziehen, da ja viele Menschen das Land auch dann nicht mehr verlassen werden, wenn der Fluchtgrund weggefallen ist. Besser, man fängt früh an, den Menschen unsere Gesellschaft nahe zu bringen, als wenn man nach vielen lähmenden Jahren erst damit beginnt.

Nun aber sollen ALLE Maßnahmen dieser Gruppe, die – das muss man dazu sagen- beständig wächst, offenstehen.

Vom gleichberechtigten Wohnen bis zum gleichberechtigten Gesundheitssystem, ganz unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Also auch „Geduldete“, auch „Ausreisepflichtige“.

Man überfordert hier schlicht die Möglichkeiten unserer Gesellschaft und schafft quasi einen Rechtsanspruch, den die Stadt in Zukunft auch finanzieren muss!

Diese Vorlage setzt aber noch einmal einen oben drauf!
Man will die dauerhafte Aufnahme von „Resettlement-Flüchtlingen“.

Die AfD hat sich aber genau diesem EU-Resettlement-Programm entgegen gestellt und das tun wir auch heute noch!

Auf Seite 11 steht: „Die Annäherung zwischen Zugewanderten und der aufnehmenden Gesellschaft führt zu einer beiderseitigen Veränderung von Einstellungen, Verhalten und zu einer Internalisierung von Werten, Normen und kulturellen Praktiken“.

Wir als AfD-Fraktion wollen aber nicht, dass die Werte und Normen unserer Gesellschaft durch ungezügelte Zuwanderung immer wieder neu verhandelt und schließlich verändert werden!

Den richtigen Satz:

„Offenheit und Bereitschaft der zugewanderten Menschen, sich mit dem Aufnahmeland, seinen nationalen und lokalen Strukturen und Rechtsformen auseinander zu setzen und zu identifizieren“
entwerten Sie leider dadurch, dass sie gleichzeitig schreiben:

„Dazu muss die Aufnahmegesellschaft eine sich verändernde Gesellschaft anerkennen“.

Sie wollen um dies zu erreichen, die Aufnahmefähigkeit der Stadtgesellschaft fördern.

Ein Leitbild „Aufnahmebereitschaft“ ist erarbeitet (Seite 37).

Sie wollen also unsere Gesellschaft durch Zuwanderung verändern, die Bürger dazu bringen, aufnahmebereiter zu sein und so ihre multikulturelle Willkommenskultur errichten. Sie nennen das auf Seite 38 „offene und neutrale Zivilgesellschaft“.

Das lehnen wir ab, Wir wollen diesen Umbau unserer Gesellschaft nicht!

Wir wollen, dass sich die Zugewanderten hier anpassen!

Wir wollen die Programme der EU nicht und wir wollen auch die Resolution „sicherer Hafen“, auf die sie sich in dieser Vorlage explizit auf Seite 32 beziehen nicht!

Wir wollen Schutz bieten im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Wir wollen die bisherigen Gesetze wieder so anwenden, wie diese früher angewendet wurden und lehnen ab, dass sie die Bürger nicht nur dafür bezahlen lassen wollen, sondern sie auch noch so umerziehen wollen, damit Sie ihre Ziele umsetzen können!

Letzte Bemerkungen noch zu dem, was Sie im Integrationskonzept ausgelassen haben:

- Was tun Sie eigentlich mit Menschen, die sich nicht integrieren wollen?

Die ihre Vorstellungen wie man zu leben hat, bereits mitbringen und nicht verändern möchten?

Was tun Sie bei radikalen Glaubensvorstellungen?

Was tun Sie bei offensichtlichem Missbrauch?

Falschen Identitäten?

Kein einziges kritisches Wort, wie man mit diesen Problemen umgehen möchte!

Sie hätten auch „mehr Kontrolle“, also „klare Ansage“ mit hinein nehmen können in diese Vorlage. Das haben Sie aber nicht getan, und ich vermute, dass Sie das nicht getan haben, weil Zuwanderung für Sie immer und unter allen Umständen einen Gewinn bedeutet. Um das Thema Rückführungen machen Sie ebenfalls einen großen Bogen, vermutlich, weil Sie in Wirklichkeit keine Rückführungen nach Ende der Fluchtgründe mehr wollen!

Das ist aber nicht das, was wir wollen und darum werden wir diese Vorlage ablehnen!